Versetzter Schulstart: Das scheint ein ziemliches Hexenwerk zu sein, lerne ich immer. Manchmal habe ich auch den Eindruck, dass der eine oder andere Lehrerverband das ganz bewusst kompliziert macht.

(Beifall von Kirstin Korte [CDU])

Es steht nirgendwo geschrieben, dass in einer Schule die unterschiedlichen Klassen unterschiedlich antreten sollen. Aber in einer großen Stadt ist es auch kein Problem, dass eine Realschule um 08:00 Uhr anfängt und die andere um 08:30 Uhr. Damit bringe ich keine Stundentafel durcheinander, alle nur eine halbe Stunde später. Die haben auch keine gemeinsamen Kurse und AGs zusammen wie vielleicht in einem Schulzentrum. Da geht schon mehr, als wir uns bisher zugetraut haben. Das muss man, glaube ich, hier an der Stelle auch noch einmal sagen.

(Beifall von der CDU und Stefan Lenzen [FDP])

Herr Löcker – das will ich zum Schluss sagen, weil meine Redezeit ausläuft –, Sie haben gesagt, Einnahmeverluste, da sind Millionenbeträge aufgelaufen. Das stimmt. Aber durch den Rettungsschirm von Bund und Land werden die auch komplett aufgefangen. Das ist halt total wichtig. Da bin ich auch dem Bund dankbar, der mit 2,5 Milliarden ins Obligo gegangen ist, und wir tun unseren Teil dazu, weil wir auch nach Corona wieder einen leistungsfähigen ÖPNV haben und so schnell wie möglich Vertrauen zurückgewinnen wollen. Da sind wir uns, glaube ich, einig.

Noch ein Hinweis zu einer Studie, Kollege Klocke. Wir sind in Gesprächen und sind einig mit Winni Hermann, Ihrem Parteikollegen, dass das sinnvoll wäre. Der Bund ist allerdings schneller gewesen und hat die Studie bei Fraunhofer beantragt. Wenn wir jetzt noch eine Ausschreibung beauftragen, dann ist Frühjahr, dann brauchen wir das vielleicht nicht mehr. Es könnte sinnvoll sein, einfach zu sagen: Lass den Bund seine Fraunhofer-Studie machen und wir als Länder machen keine mehr. Ich bin da aber offen. Es muss halt nur Sinn machen. Das ist aber, glaube ich, nichts für einen politischen Streit.

Vielen herzlichen Dank will ich auch noch sagen, nicht nur Ihnen fürs Zuhören, sondern auch all den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich am Anfang der Krise in mehrfach in der Woche stattfindenden Telefonkonferenzen mit den Verbänden und Verkehrsunternehmen abgestimmt haben, um den ÖPNV auf möglichst hohem Niveau weiterfahren zu lassen. Da ist sehr viel aufgelaufen an Überstunden überall im System. Dafür noch einmal herzlich Dank. – Ihnen einen schönen Restabend.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister Wüst.

Nun stimmen wir ab, und zwar über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/11842. Die haben direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt dem Inhalt des Antrags zu? – Bündnis 90/Die Grünen sowie die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/11842** mit der Mehrheit im Hohen Hause **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

6 Schausteller und Veranstaltungsbranche mit saisonalem Geschäft nicht im Regen stehen lassen – passgenaues Corona-Hilfsprogramm statt löchrigem Regenschirm!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11854

Ans Pult ist Herr Loose für die AfD-Fraktion getreten. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Politik muss verlässlich sein, Politik muss gerecht sein, und Politik muss verständlich sein. Aber die aktuelle Politik ist weder gerecht noch verständlich und schon gar nicht verlässlich.

Viele der heutigen Redner, die gleich noch sprechen werden, saßen im September im Wirtschaftsausschuss. Da war auch Herr Ritter, der Vorsitzende eines Schaustellerbundes. Herr Ritter fand klare Worte. Er sprach davon, dass die Schausteller seit Ende Dezember letzten Jahres, also jetzt seit 11 Monaten, kein Geld mehr verdient haben. Und er sprach davon, dass sie sich jetzt wünschen, das Wintergeld zu verdienen, um über die nächsten Monate zu kommen. Sie haben sich auf die Weihnachtsmärkte gefreut.

Aber es geht nicht nur um das Geld der Schausteller. Die Schausteller bringen auch den Zauber der Weihnacht in die Innenstädte. Und dieser Zauber lockt immer mehr Menschen in die Innenstadt, sei es zum Einkaufen oder zum Flanieren. Und wenn das eigene Kind vielleicht im Karussell sitzt, da trinkt man noch einmal einen Glühwein, die Frau oder der Mann – je nachdem, wie ihre Lebenssituation ist – geht noch einmal einen Schal kaufen oder einen Handschuh.

Deshalb haben wir im September auch den Antrag gestellt, die Weihnachtsmärkte zu öffnen, das möglich zu machen. Herr Minister Pinkwart sagte, aus Landessicht sei alles möglich. Sie können stattfinden. Das war auch durchaus logisch, denn die Weihnachtsmärkte finden im Freien statt. „Frischluffzeitangebot“ nennen das die Schausteller. Und die

Schausteller haben extra ein Hygienekonzept entwickelt, Einbahnstraßensysteme, Plexiglasscheiben etc.

Doch jetzt trifft die harte traurige Realität zu. Die Weihnachtsmärkte sind fast überall verboten worden. Auch viele weitere Branchen, die kaum Coronarisiko verbreiten, wurden von der Regierung geschlossen. Damit die Menschen aber Ruhe geben, gibt es die Novemberhilfe.

Aber die Novemberhilfe hilft den Schaustellern leider gar nicht. Jetzt, vor ein paar Stunden, haben wir gehört, es soll eine Dezemberhilfe geben. Beschlossen ist sie allerdings noch nicht. Und die Dezemberhilfe wäre auch lebensnotwendig für die Schausteller. Die Novemberhilfe, die sich auf den Umsatz des letzten Novembers bezieht, kann aber keine Hilfe sein. Denn die Schausteller bauen im November die Buden und die Karussells auf. Der Umsatz findet aber im Dezember statt.

So war es verständlich, dass die Schausteller in der letzten Woche die Minister, die Abgeordneten im Land und im Bund angeschrieben – Sie werden sicherlich auch ein Schreiben bekommen haben – und ihre Situation erklärt haben.

Denn die Schausteller stehen mit dem Aus der Weihnachtsmärkte auch vor dem eigenen Aus. Das betrifft Schaustellerfamilien, die teilweise in siebter oder achter Generation die Geschäfte betreiben; mehr als 5.000 Familienbetriebe mit über 50.000 Beschäftigten; Menschen, die ihr Leben als Schauspieler lieben, die sich gegenseitig unterstützen, wenn etwas einmal nicht passt, und die Arbeitsplätze versorgen; Menschen, die aufgrund der völlig unbrauchbaren Novemberhilfe um ihre Existenz fürchten müssen.

Die Bundesregierung kündigt an, es gebe eine Dezemberhilfe. Wir wissen nicht, ob sie wirklich kommt. Bis jetzt hat Frau Merkel das noch nicht im Fernsehen verkündet – wir sind parallel dabei bei „Phoenix“.

Die Schausteller haben eine eigene Lösung vorgeschlagen, und wir haben diese in einen Antrag gegossen. Es verwundert schon, dass die SPD, die im engen Kontakt mit dem Herrn Ritter ist, keinen eigenen Antrag gestellt hat. Die Schausteller kamen doch auch auf Sie zu. Waren Sie zu langsam? Oder wussten Sie schon, dass der Lockdown verlängert wird? Hat Ihr Finanzminister, Herr Scholz, schon gesagt, dass es auch eine Dezemberhilfe geben wird?

Was wollen die Schausteller? – Sie wollen nur eines: Gerechtigkeit. Sie wollen eine Behandlung, so wie die Solo-Selbstständigen sie bekommen: Sie wollen nicht den Referenzwert Novemberumsatz 2019, sondern den Mittelwert des Vorjahres auf einen Monat umgerechnet.

Was für die Solo-Selbstständigen gut sein kann, kann für die Schausteller nicht schlecht sein. Deshalb kämp-

fen wir gemeinsam – ich hoffe, Sie auch mit uns – für die Gerechtigkeit im Hinblick auf die Schausteller.

Ich hoffe, dass Sie unserem Antrag zustimmen, denn wir wissen nicht, ob die Dezemberhilfe wirklich kommt. Wenn ja, wird sie die Schausteller für einige Monate retten, aber im Januar, Februar und März wird es wiederum keine Umsätze geben. Ohne Schausteller, ohne Kirmes, ohne Weihnachtsmärkte fehlt unseren Kindern ein Stück vom Zauber der Weihnacht. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Loose. – Als Nächstes spricht für die CDU-Fraktion Herr Hoppe-Biermeyer.

Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf vieles mussten wir dieses Jahr bereits verzichten, und auf einiges werden wir noch verzichten müssen. Die Volksfeste, Schützenfeste, Jahrmärkte oder jetzt die Weihnachtsmärkte haben eine große Bedeutung für die Menschen.

Ohne die Schausteller wären alle diese Feste nicht vorstellbar. Auch wenn es wichtig und richtig war, große Veranstaltungen auszusetzen, darf nicht vergessen werden, welche Opfer gebracht werden mussten. Insbesondere darf nicht vergessen werden, wer den größten wirtschaftlichen Schaden hat – und wir haben sie nicht vergessen, weder die Schausteller noch die Veranstaltungsbranche.

Dass Sie, liebe Kollegen von der AfD, nun behaupten, Bundes- und Landesregierung hätten die saisonalen Gewerbe bei ihren Hilfsprogrammen nicht angemessen berücksichtigt, ist schlicht und ergreifend falsch.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Gelogen ist das!)

Die Landesregierung und auch wir Abgeordnete stehen im regelmäßigen Austausch sowohl direkt mit den Schaustellern als auch mit dem Schaustellerverband – und das auch nicht erst seit der Coronapandemie.

Nehmen wir meine Heimat, den Kreis Paderborn: Bereits seit Jahrzehnten lädt die CDU – an der Spitze die Bundes- und Landtagsabgeordneten – die Schausteller in der Libori-Woche zum traditionellen Schaustellerfrühstück ein. Das große Paderborner Volksfest Libori ist dieses Jahr zwar ausgefallen, das Schaustellerfrühstück hat aber stattgefunden und stand natürlich im Zeichen der Krise.

Was wir dort und was wir und unsere Kollegen in unzähligen Gesprächen vorher und nachher und fast allorten erfahren haben, ist natürlich in unsere Maß-

nahmen eingeflossen. Bundes- und Landesregierung haben Hilfspakete in Milliardenhöhe bereitgestellt.

Unbürokratisch und schnell wurden Soforthilfen verteilt. Die Überbrückungshilfen berücksichtigen Geschäftsmodelle mit saisonalen Schwankungen. Seit heute kann die Novemberhilfe beantragt werden. Die Schausteller bekommen 75 % der Umsätze aus dem November 2019 pauschal ersetzt.

(Christian Loose [AfD]: Nahezu null also!)

Weil wir wissen, dass der Dezember-Umsatz stärker als der November-Umsatz ist, streben wir nun die gleiche Regelung auch für den Dezember an. Der Antrag der AfD ist damit komplett gegenstandslos.

Aber Ihnen geht es in Wirklichkeit auch nicht um die Betroffenen.

(Helmut Seifen [AfD]: Ja, ja!)

Sie wollen einfach nur negative Stimmung machen. Entsprechend falsch liegen Sie regelmäßig mit Ihren Anträgen. Sie schreiben in Ihrem Antrag sinngemäß, dass wir im September im Wirtschaftsausschuss – Sie haben es angesprochen – nicht bereit waren, einen Freifahrtschein für die Weihnachtsmärkte auszustellen. Natürlich nicht. Jeder, der im September zugesichert hätte, dass die Weihnachtsmärkte auf jeden Fall stattfinden können, wäre naiv gewesen oder hätte – vorsichtig formuliert – bewusst spekuliert oder hätte – um es auf den Punkt zu bringen – gelogen.

Hinter uns liegen Wochen mit exponentiellem Infektionsgeschehen. Es ist uns jetzt gelungen, das Infektionsgeschehen wirksam einzudämmen, bevor das Gesundheitssystem an seine Belastungsgrenze geführt wird. Der Virus ist dynamisch; das müssen wir auch sein. Wir brauchen weiter wirksame und kluge Maßnahmen sowohl zur Bekämpfung der Pandemie als auch zur Unterstützung der von diesen Maßnahmen betroffenen Menschen.

Ihr Antrag gehört sicherlich nicht dazu. Deshalb dürfte es keine Überraschung sein, wenn wir Ihren Antrag ablehnen werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD spricht nun der Abgeordnete Schmelzter.

(Michael Hübner [SPD]: Kannst du da ein bisschen mehr Dynamik reinbringen, Rainer?)

Rainer Schmelzter (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Seit April dieses Jahres diskutieren wir jetzt über dieses Thema. Wir haben

Anträge dazu gestellt, dass die Schausteller Hilfen brauchen. Warme Worte sind gefolgt, aber keine Unterstützung. Damit konnten die Schausteller in der Tat nicht arbeiten.

Wir haben aber auch festgestellt, dass unsere Anträge woanders gelesen wurden und dass wir auch bis nach Berlin durchgedrungen sind. Ich wundere mich schon, dass die regierungstragenden Fraktionen nicht auf dem Stand der Dinge sind. In dem Beschlusspapier des heutigen Tages ist ja unter Punkt 9 ausführlich ausgeführt, dass Schausteller und Marktkaufleute in die entsprechenden Förderprogramme einzubeziehen sind. Das hat es in der Vergangenheit noch nicht gegeben.

Jetzt muss man sehen, wie das vor Ort ausformuliert wird. Ich hoffe, dass dann die Worte der regierungstragenden Fraktionen und von Herrn Pinkwart aus der Vergangenheit Früchte tragen werden und die Schausteller endlich in den Genuss der Hilfen kommen werden.

Ich werde mich zu dem vorliegenden Antrag kurzfassen. In der vergangenen Plenarwoche hatten wir auch schon verschiedene Anträge von der AfD zu verschiedenen Branchen. Sie haben hier die Branchen im Einzelnen instrumentalisiert. Sie arbeiten mit den Ängsten und Nöten der Branchen und wollen dort weitere Ängste schüren – etwa am Beispiel der Gastronomie, die Sie einzeln angeschrieben und darauf aufmerksam gemacht haben, dass es hier nie dagewesene Grundrechtsbeschränkungen gegeben habe.

(Helmut Seifen [AfD]: Ist doch wahr!)

Solchen Populismus machen wir nicht mit. Es ist zu diesem Thema genug gesagt worden. Wir haben unsere Anträge gestellt. Ich hoffe, dass der Punkt 9 aus dem heutigen Beschlusspapier ordentlich umgesetzt werden kann. Ihren Antrag aus populistischen Gründen kann man nur ablehnen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP spricht der Kollege Bombis.

Ralph Bombis (FDP): Guten Abend. Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Zu dem vorliegenden AfD-Antrag möchte ich gerne drei Punkte anmerken.

Es ist richtig, dass die Schausteller und die Veranstalter mit der Absage der Weihnachtsmärkte und mit den Veranstaltungsverböten hart von den coronabedingten Beschränkungen betroffen sind und dass sie es verdienen, dass wir ihnen schnell und unbürokratisch helfen.

Es ist falsch, dass Sie, meine Damen und Herren von der AfD, immer wieder Branchen herauspicken und sie instrumentalisieren. Wir können hier in der Sache über vieles diskutieren. Aber das, was Sie hier tun, ist Angstmacherei, ist Spaltung der Gesellschaft zu Ihrem persönlichen Vorteil.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Zweiter Punkt. Diese Landesregierung hat von Anfang an daran gearbeitet – dieser Wirtschaftsminister, der Finanzminister, der Ministerpräsident selbst und viele andere –, dass der Wirtschaft in der Breite und dass den Menschen geholfen wird. Kollege Schmeltzer hat es zitiert: Auf der Bundesebene ist am heutigen Tag dafür gesorgt worden, dass Ihr Antrag überholt ist.

Dritter Punkt. Wir müssen daran arbeiten, dass Öffnungsperspektiven da sind, dass die Menschen wieder arbeiten können – Schausteller, Veranstalter und andere –, dass sie eine gute Zukunft haben. Ihr Antrag ist abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen spricht die Abgeordnete Frau Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie bereits die Vorredner für die anderen Fraktionen angekündigt haben, lehnen auch wir den AfD-Antrag und die Instrumentalisierung durch die AfD ab.

(Zuruf von der AfD: Ah!)

Die Schausteller*innen, die Kulturbranche und weite Teile des Dienstleistungssektors stecken seit Monaten in einer tiefen Krise. Im Gegensatz zur AfD wollen wir, dass ihnen auch wirklich geholfen wird.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Für diese Wirtschaftszweige muss es eigene, zielgenaue Hilfsprogramme geben. Aber genau das fordert die AfD mit ihrem Antrag eben gerade nicht. Mit undifferenzierten Forderungen soll auf den Zug der Novemberhilfen für Solo-Selbstständige aufgesprungen werden. Damit macht es sich die AfD einmal mehr wesentlich zu einfach; denn die allermeisten Schaustellerbetriebe sind eben keine Solo-Unternehmer. Es sind mittelständische Familienunternehmen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Sie haben Angestellte, und was sie von den vielen Solo-Selbstständigen unterscheidet, ist, sie haben enorme Betriebskosten von den Krediten für Fahrgeschäfte über Personalkosten bis hin zu den Leasingraten ihrer Fuhrparks.

Wir bleiben bei unserer Forderung, dass diesen Dienstleistungs- und Kulturanbietern, die das gesamte Jahr praktisch keinen Euro umgesetzt haben, endlich ein Ausgleichsfonds zur Verfügung gestellt wird, und zwar schnell und unbürokratisch. Das sind zwei Bedingungen, die die Novemberhilfen im Übrigen erneut leider nicht erfüllen. Darum lehnen wir diesen Antrag ab und werden uns stattdessen weiter für echte und ehrliche Hilfen für diese Branchen einsetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Landesregierung hat nun Professor Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor 14 Tagen konnte ich Sie für die Landesregierung über die Novemberhilfen unterrichten. Heute, das hat die Debatte gezeigt, sprechen wir schon von den Dezemberhilfen, die heute mit der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten der Länder im Kontext einer Verlängerung von entsprechenden Einschränkungen – der Fortschreibung des Teil-Lockdowns für wichtige Bereiche unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft – besprochen worden sind. Davon sind auch die Schausteller, davon sind Kulturschaffende, sind Gastronomen und andere wichtige Bereiche unserer Gesellschaft berührt.

Ich will hier nur mal für die Landesregierung, lieber Herr Kollege Schmeltzer, festhalten, dass wir ja die Soforthilfe schon ab März zur Verfügung gestellt haben. Das war sehr schnell. Anders als die Bundesregierung haben wir dabei auch Solo-Selbstständige berücksichtigt. Unter Schaustellern gibt es auch Solo-Selbstständige. Es gibt verschiedene Gruppen von Schaustellern, die in ganz unterschiedlicher Weise arbeiten. Wir haben von vornherein geholfen, als die Bundesregierung und gerade Ihr Bundesfinanzminister noch nicht so weit war, wie er es jetzt, Gott sei Dank, bei der Novemberhilfe und Dezemberhilfe ist.

Wenn wir das auf das gesamte Land bezogen sehen, haben wir seit März für die verschiedenen Unternehmensgrößenklassen – wir haben die Hilfen ja auch für Betriebe von 10 bis 50 Mitarbeitern erweitert – zusätzliche Hilfen durch das Land Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt. Auch das ist für Schausteller, die größere Bereiche unterhalten, von Belang.

Nach der Soforthilfe haben wir die Überbrückungshilfe I aufgelegt und hier in Nordrhein-Westfalen die Bundeshilfe mit der Soforthilfe Plus erneut um den Unternehmerlohn ergänzt. Wir haben in dieser Woche auch die Überbrückungshilfe II an den Start

bringen können. Leider war das sehr spät. Das lag daran, dass die Bundesregierung die entsprechenden beihilferechtlichen Voraussetzungen durch Brüssel klären musste. Das liegt seit Montag vor, so dass wir im Laufe dieser Woche die schon zahlreich eingegangenen Anträge der Überbrückungshilfe II bearbeiten und zur Auszahlung bringen können.

Ich kann das Parlament heute Abend über einen weiteren Punkt informieren: Ich hatte vor 14 Tagen angedeutet, dass der Bund für die Novemberhilfe eine zentrale Software – aufsetzend auf der Überbrückungshilfe – bei der Firma iNet entwickeln lassen wollte. Dieses Antragsformular läuft seit heute. So können also von den Solo-Selbstständigen und denen, die ihre Anträge über die steuerberatenden Berufe zu stellen haben, die entsprechenden Eingaben vorgenommen werden. Wir gehen davon aus, dass am Montag – also noch im November – die Zahlungen an die Solo-Selbstständigen und die Abschlagszahlungen an die anderen Unternehmen zur Auszahlung gebracht werden können. Das ist, denke ich, eine ganz wichtige Botschaft, dass die Politik – Bund und Länder – ihre Zusagen einhalten, die Soforthilfe für November auch noch im November zur Auszahlung zu bringen.

Heute Abend ist per Beschluss festgehalten worden, dass wir auch eine Dezemberhilfe nach Maßgabe der Novemberhilfe bekommen werden. Da ist es eben so, Herr Schmeltzer, dass die Schausteller natürlich auch schon im November Anträge im Rahmen der Novemberhilfe stellen konnten. Da sind die Bedingungen unterschiedlich. Natürlich kommen sie bei der Dezemberhilfe jetzt in ganz anderer Weise zu Recht in die Situation, einen deutlich höheren Hilfsbetrag beantragen zu können, weil sich die Bezugsgröße zum Dezember des Vorjahres natürlich viel günstiger gestaltet.

Wir hätten uns mit den Schaustellern sehr gewünscht, dass sie nicht auf Hilfen angewiesen sind, sondern dass sie über die Weihnachtsmärkte ihr Geschäft hätten betreiben und ihre Einnahmen erzielen können. Aber wir wissen alle, warum das nicht möglich ist. Sie leisten hiermit, wie andere, einen ganz wichtigen Solidarbeitrag für unsere Gesellschaft insgesamt. Deswegen ist es auch so wichtig, dass die Hilfe auf den Dezember ausgeweitet wird. Das ist eine weitere große Kraftanstrengung unseres Gesamtstaates. Dafür werden erneut 15 Milliarden Euro – sehr wahrscheinlich sogar 17 Milliarden Euro – für einen Monat bereitgestellt werden müssen. Das ist ein großer Beitrag, um diese Bereiche zu stabilisieren, und, wie ich finde, auch angemessen zu entschädigen.

Dann gibt es die Überbrückungshilfe III ab Januar. Die wird ausgeweitet, auch was das Volumen anbetrifft. Die Antragstellung wird vereinfacht. Auch das wird ganz wichtig für die Schausteller sein. Es wird für die Kulturschaffenden, die Eventbranche, das Messewesen wichtig sein. All sie werden ja auch im

Januar, Februar, März mutmaßlich nicht ihre Arbeit aufnehmen können.

Ich will hier sagen, dass Bund und Länder hier ein umfassendes Paket in Arbeit haben, dass wir alle Anstrengungen unternehmen, damit das zur schnellen Auszahlung kommen kann. Ich hoffe sehr, dass die Betriebe diese schwierige Zeit wirtschaftlich überstehen und danach hoffentlich ihre Arbeit wieder aufnehmen können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und Kirstin Korte [CDU])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die AfD hat sich noch einmal Herr Loose zu Wort gemeldet. Ihm verbleiben knapp 30 Sekunden.

Christian Loose (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Pinkwart sprach davon, dass die Dezemberhilfe heute besprochen wurde. Aber sie wurde eben noch nicht beschlossen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Doch! Der Beschluss liegt doch vor!)

– Sie haben „besprochen“ gesagt, nicht „beschlossen“. Wenn sie beschlossen ist, ist das schon mal sehr gut. Das hilft den Schaustellern.

Wie die Debatte heute gezeigt hat, hat unser Antrag geholfen, den Druck auf die Landes- und Bundesregierung hochzuhalten.

(Lachen von Henning Höne [FDP] – Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja, das wird es gewesen sein!)

Auch wenn Sie unseren Antrag aus ideologischen Gründen ablehnen werden, denn Haltung ist Ihnen ja anscheinend wichtiger als Hilfe: Wir orientieren uns an der Hilfe. Die Schausteller haben uns gebeten, zu helfen. Das haben wir mit dem Antrag getan,

(Henning Höne [FDP]: Sie überschätzen sich maßlos!)

und es hat ja auch geholfen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragsstellende Fraktion der AfD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/11854. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind die Abgeordneten der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? –

Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/11854**, wie gerade festgestellt, **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

7 Gesetz zur Anpassung bestehenden Landesrechts an die COVID-19-Pandemie und sonstige pandemiebedingte Sondersituationen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/11165

Beschlussempfehlung
des Hauptausschusses
Drucksache 17/11862

zweite Lesung

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11961

Damit ist die Aussprache eröffnet. Als erstem Redner erteile ich für die Fraktion der CDU dem Abgeordneten Hagemeier das Wort.

Daniel Hagemeier (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Anpassungen des bestehenden Landesrechts an die COVID-19-Pandemie und sonstige pandemiebedingte Sondersituationen, die in diesem Hause am 14. April 2020 beschlossen wurden, waren notwendig und zielführend.

Wir haben in diesem Parlament dringende Anpassungsbedarfe aus verschiedenen Rechtsbereichen gebündelt, aber wir haben diese Regelungen teilweise bis zum Jahresende 2020 befristet oder teilweise nach ihren tatbestandlichen Voraussetzungen bis zum Jahresende zugeschnitten.

Mit dem Gesetz zur konsequenten und solidarischen Bewältigung der COVID-19-Pandemie in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung des Landesrechts im Hinblick auf die Auswirkung einer Pandemie wurde der dringende landesrechtliche Regelungsbedarf hinsichtlich der Konsequenzen und Folgen dieser Pandemie umgesetzt. Es zeichnet sich ab, dass die Pandemie nicht bis zum 31. Dezember 2020 beendet sein wird und dass wir weiter in einer verantwortungsbewussten Normalität werden leben müssen.

Die COVID-19-Pandemie wird uns in das Jahr 2021 begleiten. Das macht es notwendig, dass uns auch die entsprechenden Regelungen begleiten werden. Deshalb treffen wir heute die Entscheidung über den Fortbestand der vom Landtag geschaffenen Regelungen über das Jahr 2020 hinaus. Ein Auslaufenlassen bzw. ein Nicht-Anpassen der Regelungen wäre angesichts der aktuellen Situation nicht vertretbar.

Im Hinblick auf die landes- und weltweite Pandemiesituation entfristen und verlängern wir landesgesetzliche Bestimmungen bzw. passen diese an. Wir handeln in den Bereichen der Landesbauordnung, des Heilberufsgesetzes, des Vermessungs- und Katastergesetzes, des Weiterbildungsgesetzes, des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes, des Landesrichter- und Staatsanwältegesetzes, des Bestattungsgesetzes sowie des Landeswirtschaftskammergesetzes.

Der federführende Hauptausschuss hat sich in seiner Sitzung am 19. November mit diesem Antrag befasst. Auch die mitberatenden Ausschüsse hier im Landtag waren am parlamentarischen Prozess beteiligt. Insgesamt ist umfangreich über die getroffenen Regelungen diskutiert worden.

Den Änderungsantrag der Grünen lehnen wir ab. Der Grund für den Wechsel der Anerkennungszuständigkeit liegt in der größten Flexibilität bei der Bestimmung der anerkannten Behörde begründet. Denkbar wäre etwa, dass die Landesregierung ein Ressort mit der Anerkennungszuständigkeit betreut, welches über einen entsprechenden Verwaltungsunterbau verfügt und das die vorzunehmenden Prüfungen entweder selbst oder durch den Unterbau noch effizienter durchführen kann.

Keinesfalls ist es so, wie der Änderungsantrag der Grünen unterstellt, dass die Bekämpfung der Kinderarbeit eingeschränkt würde. Das Gegenteil ist der Fall. Die anerkannten Zertifizierungsstellen sind in bestimmten Herstellungsstaaten – momentan vor allem in Indien – aktuell aufgrund von staatlichen pandemiebedingten Reisebeschränkungen daran gehindert, sich durch Überprüfung davon zu vergewissern, dass Grabmäler und Grabeinfassungen aus Naturstein nicht aus schlimmsten Formen von Kinderarbeit herrühren.

Bleibe die Rechtslage so wie bisher, könnten für Hersteller in diesen Staaten keine Zertifikate mehr vergeben werden, da eine regelmäßige Kontrolle der Hersteller im Herstellungsstaat nicht möglich ist. Hiervon wären aber auch solche Hersteller betroffen, die die Bestimmungen zur Verhinderung von Kinderarbeit einhalten. Hierdurch würde zweckwidrig die wirtschaftliche Lage in von der Pandemie besonders betroffenen Staaten weiter verschlechtert werden, was die Akzeptanz entsprechender Kinderschutzregelungen stark einschränken würde.

Eine solche Folge wird durch die Neuregelung im hier zugrunde liegenden Gesetz verhindert. Der notwendige Kinderschutz wird insbesondere dadurch erreicht, dass die Zertifizierungsstellen bei fehlenden Kontrollen nur unter engen Voraussetzungen Zertifikate vergeben dürfen und die Kontrollen unverzüglich nach Wegfall der Beschränkungen wieder aufzunehmen sind.